



FÜR ALLE – FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT

## GdP-Forderungen zum Landeshaushalt 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bereits im Jahre 2006 hatten wir bei der GdP-Demonstration die ausgemergelte Kuh (Bild rechts) auf einem großformatigen Transparent abgebildet. Hat sich seitdem bei der Polizei etwas verbessert? **In der Summe muss man das eindeutig mit NEIN beantworten!**

Es werden zwar die geringen Gehaltssteigerungen der letzten beiden Jahre von den Regierungsverantwortlichen gebetsmühlenartig vorgetragen, sie verschleiern aber, dass wir in puncto Bezahlung deutlich hinter den meisten Bundesländern hinterherhinken. Wie kommt man zu einer solchen Feststellung? Weil:

- *wir in der Vergangenheit schon Nullrunden verordnet bekommen haben,*
- *das Urlaubsgeld gestrichen wurde,*
- *die Sonderzuwendung (ugs. Weihnachtsgeld genannt) um fast die Hälfte gekürzt wurde*
- *die Lebensarbeitszeit auf das 62. Lj. heraufgesetzt und gleichzeitig die Altersversorgung auf 71,74% herabgesetzt wurde,*
- *die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage gestrichen wurde,*
- *Einmalzahlungen der Tarifabschlüsse vorenthalten und Gehaltserhöhungen nur mit zeitlichem Verzug übertragen wurden,*
- *die Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Wochenstunden, unter gleichzeitigen Planstellenstreichungen, heraufgesetzt wurde,*



- *die Erschwerniszulagen in den letzten 20 Jahren nicht mehr angepasst worden sind,*
- *mangelnde Perspektiven zum beruflichen Aufstieg (75% der Polizeibeamten/-innen sind in A 10) bestehen,*
- *Beihilfeeinsparungen in Höhe von 34 Mio. Euro/Jahr vorgenommen werden.*

Dass dies tatsächlich so ist, bekommt man in Gesprächen mit jungen Menschen mit, die Polizist werden wollen. Sie überlegen sich nämlich, ob sie dies in Hessen tun oder in einem der Nachbarbundesländer. Zwar haben diese nicht alle die zweigeteilte Laufbahn – was nutzt mir diese, wenn auf dem Gehaltszettel gegenüber anderen ein deutliches Minus steht.

Dieses ist keine Eintagsfliege! Wir werden die Sparpolitik in den kommenden Jahren bei der



Kreativer Protest

Zahl der qualifizierten Bewerber deutlich spüren. Hinzu kommen die Auswirkungen des demografischen Wandels. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen verstärkt in den kommenden fünf bis sieben Jahren in Pension, aber erforderliche bzw. ausreichende Nachwuchszahlen sind nicht zu erkennen. Das Buhlen um die Schulabgänger wird deutlich zunehmen.

Der öffentliche Dienst in Hessen, insbesondere die Polizei, wird dies schmerzlich zu spüren bekommen. Verstärkend kommt hinzu, dass wir uns als öffentlicher Dienst nicht nur

Fortsetzung auf Seite 2



FÜR ALLE – FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT

Fortsetzung von Seite 1

mit der freien Wirtschaft zu messen haben, sondern ebenso der öffentliche Sektor untereinander.

Ein entscheidender Nachteil für Hessen ist und wird die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst sein, eine Entwicklung, die unsere Regierungsverantwortlichen zu verantworten haben. Neben der polizeilichen Ausstattung sind heutzutage für die jungen Menschen die sozialen Rahmenbedingungen im Beruf und auch das Einkommen entscheidende Kriterien.

Der hessische DGB hat dies erkannt und seine Protestveranstaltung am 16. Juni in Wiesbaden unter das Motto: „Für alle – für einen handlungsfähigen Staat“ gestellt. Auf der Hauptkundgebung am Dern'schen Gelände, unweit des Hessischen Landtages, forderten die Vorsitzenden der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine sofortige Abkehr von der Verweigerungshaltung der Landesregierung. Die Beamtinnen und Beamten in Hessen leisten für die Gesellschaft unverzichtbare Arbeit. Ob als Lehrer, Verwaltungsbeamter, Förster oder Polizist haben sie noch nie dagewesene Aufgabenstellungen und -mengen zu erledigen. Das

Personal schrumpft, die Aufgaben wachsen und die Wertschätzung durch den Dienstherrn ist auf einem historischen Tiefpunkt.

Die DGB-Vorsitzende Gabriele Kailing sagte, dass wir endlich eine ehrliche Debatte über die Verantwortung des Staates für die Erfüllung seiner Aufgaben und die dazu nötige finanzielle Ausstattung der öffentlichen Kassen dringend brauchen. Seit Jahren scheinen die politisch Verantwortlichen daran zu arbeiten, dass wir heute und unsere Kinder in Zukunft Kreativität dar-



Staat, in dem Investitionen in die Sicherheit, Bildung und Soziales getätigt werden – und zwar nicht erst, wenn gar nichts mehr geht.

GdP-Landesvorsitzender Andreas Grün brachte gleich zu Beginn seiner Rede die Lage bei der Polizei auf den Punkt: „Nullrunde, Lohndiktat, Beihilfeeinsparung und Stellenstreichungen sind die neuen Parameter einer nicht mehr vorhandenen Wertschätzung der Arbeit der Polizeibeschäftigten. Es ist der Tief-



Andreas Grün im Kreis der DGB-Kollegen an der Spitze des Zuges

auf verwenden müssen, uns auszu-denken, wie der Mangel verwaltet werden soll. Das kann aber nicht sein! Wir wollen einen handlungsfähigen

punkt der Auslegung des Alimentationsprinzips und zu allererst eine schallende Ohrfeige für all die, die jeden Tag ihren Kopf für diesen Staat hinhalten. Es ist der Knock-out des gegenseitigen Treueverhältnisses.“

Diese zustandsbeschreibenden Worte trafen nicht nur die zutiefst enttäuschten Polizistinnen und Polizisten, sondern auch die restlichen Tausenden von Beamtinnen und Beamten auf dem Dern'schen Gelände und es folgte ein minutenlanges Pfeifkonzert, damit der Unmut auch im Hessischen Landtag gehört wird.

**In der Vergangenheit haben die Beamtinnen und Beamten mehrfach ihren Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte geleistet. Die dadurch eingesparten Gelder wurden nicht zur Haushaltskonsolidierung genutzt, sondern anderweitig für politische Wünsche ausgegeben.**

Mit kollegialen Grüßen,  
GdP-Landesvorstand



## LESERBRIEFE

**Sehr geehrte Damen und Herren,**  
im Zusammenhang mit der Eröffnung des 3. Polizeirevierts Darmstadt am heutigen Tage, ist meinem Mann und mir beim Spaziergang auf dem Feldweg an der Bundesstraße 3 in Arheilgen aufgefallen, dass einige Brücken mit Transparenten behangen waren (siehe rechts). Wie wir erfuhren, dürfte dies auf den Besuch des Herrn Innenministers beim 3. Polizeirevier zurückzuführen sein.

Als wir die B 3 weiter entlangliefen, sahen wir einige Herren in weißen Hemden, die an einer anderen Brücke dabei waren, die Plakate abzuhängen und in einem großen Polizeivan zu verstauen.

Da ich die Politik des Herrn Innenministers in Bezug auf die innere Sicherheit ebenfalls sehr kritisch sehe, möchte ich hiermit kundtun, dass ich die geäußerte Kritik der Beamtinnen und Beamten teile und es unmöglich finde, dass der ehrenwerte Herr Innenminister den Beamtinnen und Beamten, die nun mal gesetzlich nicht streiken dürfen, sogar ihre Meinungsfreiheit nimmt, indem er die Plakate abhängen lässt, um keine Außenwirkung entstehen zu lassen.

Mein Mann und ich entschlossen uns daher, zurück zu der vorherigen Brücke zu laufen, um zumindest mit dem Handy festzuhalten, was dort ge-



Die entfernten Plakate

schrieben stand. Über den Inhalt der Transparente auf den anderen Brücken kann ich leider nichts sagen, da sie entweder bereits abgehängt waren oder aber in die andere Richtung zeigten.

Als ich selbst vor wenigen Wochen wegen einer Anzeige auf einer Polizeiwache erschienen bin, wurde ich von einer Beamtin über die verheerende Personalsituation aufgeklärt. Diese Kenntnis lässt erheblich Zweifel daran aufkommen, dass uns die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei der jetzigen Personalsituation tatsächlich noch wirksam vor Kriminalität schützen können.

Aus diesem Grund befürworte ich es, wenn die Beamtinnen und Beam-

ten auf diese Fehlpolitik aufmerksam machen. Mir persönlich waren diese extremen Missstände zuvor nicht bekannt gewesen.

Ich würde es ebenfalls sehr begrüßen, wenn Sie über diese Missstände berichten würden. Es ist in meinen Augen blanker Hohn, wenn sich der Herr Minister für die Eröffnung eines Polizeirevierts feiern lässt, während er die Beamtinnen und Beamten in personeller und finanzieller Hinsicht im Stich lässt und darüber hinaus noch die Dreistigkeit besitzt, deren Meinungsfreiheit zu untergraben.

Mit freundlichen Grüßen  
E. Duprais

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin seit 21 Jahren Beamter bei der hessischen Polizei und empfand zu Beginn meiner beruflichen Karriere, dass wir in Bezug auf Gehalt, Arbeitszeit, Urlaubs- und Krankenstandsregelungen auf einem hohen Niveau geklagt haben.

Inzwischen musste ich aber feststellen, dass sich die Situation gründlich geändert hat. Seitdem das Land Hessen in Bezug auf seine Beamten seine eigenen Brötchen backt, hat man uns gehörig in den Hintern getreten.

Merkwürdigerweise leisten wir Polizeibeamte immer mehr Überstunden und müssen bei unseren Einsätzen im Einzeldienst oder auch bei geschlossenen Einsätzen immer mehr erdulden.

Als Dank sieht man dann unsere Landesherren frech in die Kamera grinsen.

Die derzeitige Gehaltskürzungspolitik der Landesregierung Hessen ist

für alle Beamten des Landes nicht mehr nachvollziehbar. Die geplante Kürzung der Beihilfe mag zunächst nicht von Bedeutung sein, da die Dinge, bei denen gekürzt werden soll, nicht die wichtigsten Punkte bei der Beihilfe sind. Wer aber die Vergangenheit betrachtet, sieht, dass es sich um den Tabubruch handelt, der dann weitere Streichungen folgen lässt.

Insbesondere verwundert es mich, dass das Land Hessen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verlassen hat und offensichtlich Urteile im Namen des Volkes für ignorierbar hält. Schließlich wurde das Land Hessen durch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dazu verurteilt, seinen Landesbeamten wegen der diskriminierenden Einstufung in Altersstufen eine Wiedergutmachung zu zahlen, was bis heute nicht stattgefunden hat.

Und was machen wir Beamte? Wir gehen weiter zu immer mehr Einsät-

zen, Kontrollmaßnahmen innerhalb der Direktionen, die uns durch das Land zur Erhöhung der Sicherheit aufs Auge gedrückt werden. Versuchen uns gesund zu halten, schleppen uns teilweise krank zum Dienst, um die Stärke zu halten und und und ...

Die Stimmung bei den Beamten ist durch unsere Regierung auf historisches Tief gesunken. Nur dem Pflichtgefühl der einzelnen Kollegen ist es meiner Meinung nach zu verdanken, dass das System Polizei noch funktioniert.

Ich habe allerdings das Gefühl, dass diese Beamten eine aussterbende Art sind und die kommenden Generationen anders denken und handeln.

Bei der Einstellung unserer Landesherren uns gegenüber kann ich es diesen aber auch nicht verdenken.

Andreas von Rebenstock,  
Polizeistation Neu-Isenburg



**P**OLIZEI  
**DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei

**12. September 2015**

Einlass: 19.00 Uhr  
Beginn: 20.00 Uhr  
Bürgerhaus Bornheim  
Großer Saal – Frankfurt

# Ball der Polizei

## der GdP-Bezirksgruppe Frankfurt am Main

„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

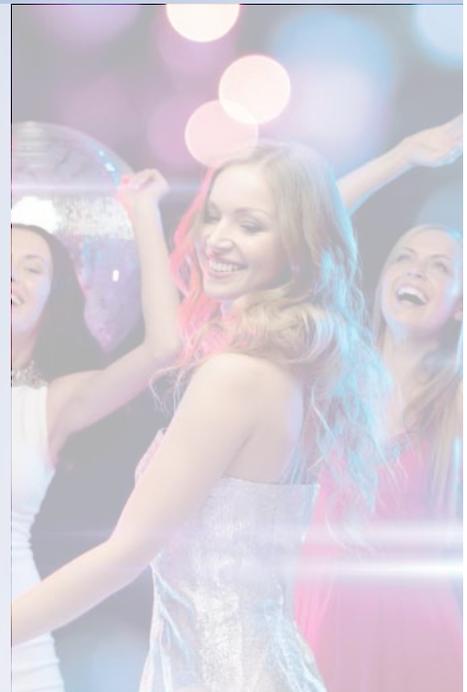
**Gemeinsamkeit eint!**

**Dirk Elfgen**  
Entertainment

**Showband Andorras**  
Tanz- und Programmbegleitung

**Frohsinn**  
Showtanzgruppe

Eintrittspreis: **10,00 €**



Kartenvorverkauf:  
Petra Moosbauer und Elke Oswald  
Personalrat / Polizeipräsidium Frankfurt  
Adickesallee 70, 60322 Frankfurt, Tel. 069/755-81602/81608  
Hanne Reiningner DGB, Tel. 069/27300572

Veranstalter:  
Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Gewerkschaft der Polizei

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)  
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick.



## ARBEITSZEIT

# Unzumutbar und nicht zu Ende gedacht: 42-Stunden-Woche für Polizei

Durch Erlass vom 12. 1. 2015 wurden die Polizeibehörden im Rahmen einer Evaluation der Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (HPolAZVO) zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Der stellvertretende Vorsitzende des örtlichen Personalrates beim Polizeipräsidium Südosthessen, Bernhard Huder, hat sich insbesondere zu § 2 Abs. 1 HPolAZVO, der die zu erbringende Wochenarbeitszeit regelt, die nachfolgenden Gedanken gemacht. Die Ausführungen sind sicher nicht neu, jedoch (noch) nicht unbedingt bei den Verantwortlichen der Politik angekommen.

In § 2 Abs. 1 HPolAZVO ist die wöchentliche Arbeitszeit der hessischen Polizeivollzugsbeamten<sup>1</sup> festgelegt. Demnach beträgt die regelmäßige, durchschnittliche Arbeitszeit – nach Lebensalter gestaffelt (bis zum 50., bis zum 60. bzw. über das 60. Lebensjahr hinaus) – 42, 41 bzw. 40 Stunden pro Woche.

Bei der Bewertung der zu leistenden Wochenarbeitszeit sind in besonderem Maße die Belastungen zu berücksichtigen, denen die Polizeivollzugsbeamten – insbesondere, aber nicht ausschließlich (!) – durch den Schichtdienst bzw. andere unregelmäßige Dienste oder aus anderen Gründen ausgesetzt sind.

Die überwältigende Mehrheit der Polizeivollzugsbeamten versieht Dienst zu unregelmäßigen Zeiten, zu einem Großteil nach einem festgelegten Schichtplan, wobei alle Wochentage sowie alle Tages- und vor allem Nachtzeiten (!) abzudecken sind.

Unbestritten ist dabei, dass Arbeits-/ Dienstzeiten zu (regelmäßig oder unregelmäßig) wechselnden Zeiten und insbesondere zur Nachtzeit gesundheitsschädlich sind.<sup>2</sup> Je höher die regelmäßige, durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist, umso mehr sind die davon Betroffenen diesen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt. Das Auftreten unterschiedlichster Krankheiten ist daher die oftmals nicht zu verhindernde Folge. Dabei ist es mitnichten hilfreich, denjenigen Beamten, die 42 Wochenstunden zu leisten

haben, wöchentlich eine Stunde auf ein sogenanntes Lebensarbeitszeitkonto (LAK; vgl. § 1 a HAZVO) gutzuschreiben<sup>3</sup>.

Auch dem durch das HMdIS selbst gesteckten Ziel der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf<sup>4</sup> läuft die Festsetzung dieser viel zu hohen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit zuwider. Leidtragende sind dabei insbesondere die Angehörigen der eigenen Familien, wie (Ehe-)



Partner und vor allem die Kinder, deren gesunde Entwicklung auch im besonderen Interesse des Staates liegt (oder zumindest liegen sollte) und die auch und vor allem durch eine möglichst hohe Präsenz der Elternteile gewährleistet wird.

Im Umkehrschluss muss daher gelten, die regelmäßige, durchschnittliche Wochenarbeitszeit so gering wie möglich zu halten! Einen akzeptablen Weg hat die Landesregierung beispielsweise auf dem Tarifsektor beschritten, indem sie für die hessischen Tarifbeschäftigten im Wechselschichtdienst – zu Recht – die regelmäßige, durchschnittliche Wochenarbeitszeit geringer angesetzt hat (in diesem Fall auf 38,5 Stunden).

Soweit durch die Festsetzung dieser unzumutbaren (!) Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und mehr für die hessischen Polizeivollzugsbeamten das Ziel verfolgt wird, Personal und damit Finanzmittel einzusparen, verkennt der Ordnungsgeber in erheblichem Maße den Umstand, dass allzu häufig **eine bestimmte, hohe An-**

**zahl von Vollzugskräften zu einem bestimmten Zeitpunkt gleichzeitig** benötigt wird (z. B. bei Großlagen wie herausragenden Demonstrationseinsätzen oder größeren Schadensereignissen, wie bspw. Anschlägen mit einer hohen Anzahl von Opfern). Da nützt es rein gar nichts, wenn die einzelnen Beamten eine höhere Wochenarbeitszeit zu verrichten haben – sie **können zu diesem einen Zeitpunkt** dennoch **nur einmal erscheinen**, um ihren Dienst zu verrichten! Gleichzeitig ist festzustellen, dass der Ordnungsgeber Finanzmittel **zulasten der Gesundheit der Mitarbeiterschaft** einzusparen versucht (!); ein Verhalten, das keinesfalls unwidersprochen bleiben kann und ganz und gar nicht hinnehmbar ist – von fehlender Achtung der Menschen gegenüber ganz zu schweigen!

**Aus den genannten Gründen ist es erforderlich, längst überfällig und nicht mehr als recht und billig, (auch) für die hessischen Polizeivollzugsbeamten die regelmäßige, durchschnittliche Wochenarbeitszeit deutlich herabzusetzen und dadurch den besonderen Belastungen und Erfordernissen dieses Berufsstandes Rechnung zu tragen!**

**Bernhard Huder**

<sup>1</sup> Zugunsten einer flüssigeren Lesbarkeit wird jeweils lediglich die männliche Form gewählt. Die Aussagen beziehen sich – soweit nichts anderes ausdrücklich formuliert ist – gleichfalls auf die weibliche Form.

<sup>2</sup> Vgl. exemplarisch [http://www.focus.de/gesundheit/gesundleben/schlafen/chronobiologie/langzeit-studie-zeigt-schichtarbeit-laesst-menschenschneller-altern\\_id\\_4247716.html](http://www.focus.de/gesundheit/gesundleben/schlafen/chronobiologie/langzeit-studie-zeigt-schichtarbeit-laesst-menschenschneller-altern_id_4247716.html) oder <http://www.gesundheit.de/fitness/arbeit-beruf/berufskrankheiten/schichtdienst-auge-zu-und-durch>.

<sup>3</sup> Von dem erheblichen Verwaltungsaufwand, den das Führen der LAK'en mit sich bringt, einmal ganz zu schweigen!

<sup>4</sup> Rahmendienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der hessischen Polizei zwischen dem HMdIS und dem HPR der hessischen Polizei (ohne Datum) und diesbezüglicher Mitarbeiterbrief des Staatsministers Boris Rhein und des HPR-Vorsitzenden Jens Mohrher vom 11. Oktober 2013.



# Keine Lohnerhöhung für die hessischen Landesbeamten – was haben die Politiker dazu gesagt?

**Nachfolgend werden Teile der Reden von der Plenarsitzung: 19/44 vom 30. 4. 2015 vorgestellt. Die Reihenfolge der Redeabfolge wurde beibehalten. Die vollständigen Reden sind auf der Homepage des Hessischen Landtags zu finden.**

**Thema: Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE, betr.: Kein erneutes Sonderopfer für hessische Beamtinnen und Beamte – zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses TV-H**

## Günter Rudolph, SPD

42-Stunden-Woche, Kürzungen des Weihnachts- und des Urlaubsgeldes, keine richtigen Mitbestimmungsrechte, für 2015 eine Nullrunde vorgesehen, ab 2016 1%.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und dann erdreisten sich Schwarz und Grün auch noch, heute einen Antrag vorzulegen, in dem sie von der angeblichen Wertschätzung gegenüber hessischen Beamtinnen und Beamten reden. Das ist glatte Heuchelei. (...)

Von gestern, vom 29. 4., gibt es auch eine Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei. Nun werden Sie sagen: Interessiert uns nicht. Das sind ja Krawallmacher, wurde früher vonseiten der CDU gesagt, in der Gewerkschaft der Polizei. Aber man kann das ähnlich für den Beamtenbund sagen. Da sind die sich einig. Es gibt große Demonstrationen. Ich empfehle Ihnen: Gehen Sie doch da einfach einmal hin. Nehmen Sie die Stimmung wahr, die bei Polizeibeamten und bei Feuerwehrbeamten ist, die einen verantwortungsvollen Job machen, was wir allgemein immer bestätigen. Aber die Wertschätzung muss sich auch irgendwo materiell ausdrücken. (...)

Meine sehr verehrte Damen und Herren, Polizistinnen und Polizisten müssen sich der Wertschätzung durch die Politik auch sicher sein.

Schöne Sonntagsreden haben wir genug gehört, gerade auch nach den letzten Blockupy-Protesten in Frankfurt. (...) Nun gibt es eine Monstranz, die von der CDU und vor allem von den Grünen in den letzten Tagen bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit vor sich hergetragen wird: Schuldenbremse steht ja über allem.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir hat ein Polizeibeamter jetzt gesagt: Wenn eine Mieterhöhung ansteht und die Lebenshaltungskosten steigen, bekomme ich für die Wertschätzung keinen Rabatt. Genau das ist der Punkt, dass allein hessische Beamtinnen und Beamte diese Suppe auslöffeln sollen, die andere ihnen eingebrockt haben.

## Jörg-Uwe Hahn, FDP

Wir Freie Demokraten sind jedenfalls gegen verfassungswidrige Sonderopfer, die die CDU und Bündnis 90/ Die Grünen den Beamten und Beamtinnen auferlegen wollen. Wir werden das nicht unterstützen. Wir möchten eine leistungsgerechte Entlohnung bzw. Bezahlung der Beamtinnen und Beamten auch in Hessen haben. Da kann die Rasenmähermethode nicht helfen.

## Jürgen Frömmrich, Bündnis 90/Die Grünen

Aufgabe dieses Landtags als Haushaltsgesetzgeber ist es eben nicht, Gewerkschaftsforderungen im Verhältnis 1:1 umzusetzen, sondern es ist wichtig, dass man das, was die Gewerkschaften und andere Interessenverbände fordern, in die Entscheidungsprozesse einbindet. Aber die Aufgabe des Hessischen Landtags als Haushaltsgesetzgeber ist es, Abwägungsprozesse zu machen: auf der einen Seite den Haushalt des Landes und auf der anderen Seite die Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter im Blick zu haben. Da hilft uns Populismus nicht weiter.

## Hermann Schaus, DIE LINKE

Wir erleben hier, dass in Sonntagsreden, die im Hessischen Landtag werktags gehalten werden, immer die verantwortliche Arbeit der Beamtinnen und Beamten herausgestellt wird: an vielen Einzelpunkten und in vielen Diskussionen. Aber wie meine Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen immer sagen: Dann muss in der Tat Butter bei die Fische und dann muss es sich auch konkret in einer Besoldungserhöhung niederschlagen.

## Innenminister Peter Beuth, CDU

Wenn ich mich bei den Beamtinnen und Beamten für ihre engagierte Arbeit bedanke, dann ist das keine Sonntagsrede, sondern dann ist das ehrlich gemeint, eine ehrlich empfundene Dankbarkeit, die ich für die Arbeit, die dort geleistet wird, habe. Das will ich hier deutlich machen.

Die Beamtinnen und Beamten im Lande Hessen werden ordentlich bezahlt und besoldet. (...)

Wer hier fordert, dass wir diesen Tarifvertrag übernehmen, muss am Ende auch sagen, woher die 120 Millionen € kommen. In dem verabschiedeten Haushalt gibt es dafür keine Möglichkeit, die wir zumindest sehen. Insofern glaube ich, es ist klug und gerecht, dass wir die Besoldungserhöhung in diesem Jahr aussetzen. (...) Wir kommen nicht daran vorbei, dass wir für alle Beamtinnen und Beamten eine maßvolle Gehalts- und Besoldungsentwicklung in dieser Wahlperiode vorsehen, weil die Mengengerüste (...) – so sind, dass wir gar nicht anders können.



VERANSTALTUNG

# COPS AFTER WORK PARTY® 24.09.

Das Event in Frankfurt/Main –  
4 Stunden Schifffahrt auf dem  
Main mit Blick auf die Skyline



**Donnerstag, 24. September 2015**

**Boarding:** ab 19:30 Uhr

**Abfahrt:** 20:00 Uhr

**Ankunft / De-Boarding:** ca. 00:30 Uhr

**Anlegestelle:** Frankfurt/Main – Anleger an der  
Untermainbrücke Höhe Restaurant Nizza  
(ca. 500 Meter Fußweg zum Willy-Brandt-Platz)

Für Mitglieder kostet die Fahrt 5 Euro  
(Nicht-Mitglieder 15 Euro)

**Reservierung per Email bitte unter:**

[gdp Hessen@t-online.de](mailto:gdp Hessen@t-online.de)

**Weitere Infos zur Veranstaltung und zum  
Gewinnspiel unter [www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)**



SEMINAR

# Fachtag für Angehörige des höheren Dienstes

Der Bundesvorstand der GdP veranstaltet am **12. und 13. Oktober 2015** einen **Fachtag für Angehörige des höheren Dienstes** im

**Hotel Novotel am Tiergarten,  
Straße des 17. Juni 106-108 in  
10623 Berlin**

Unter der Überschrift „**Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in Deutschland und Italien**“ wird die GdP gemeinsam mit dem bundesweit aktiven Verein „Mafia? Nein Danke!“ Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Polizei, der Justiz und der Zivilgesellschaft zu Wort kommen lassen.

Folgende Referenten konnten wir für Fachvorträge bereits gewinnen:

- Bernd Finger, lfd. Kriminaldirektor a. D., Berlin,
- Professor Dr. Felix Herzog, Universität Bremen mit Schwerpunkt Geldwäschebekämpfung, Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung,

Korruption und Finanzermittlungen,

- David Schraven von mafia.correctiv.org und deutscher Journalist.

Wir erwarten darüber hinaus Referentinnen und Referenten aus dem Bereich der italienischen Justiz und Mafiabekämpfung.

Interessenten bitten wir, bis zum **19. August 2015** eine E-Mail an die hessische GdP-Geschäftsstelle unter **gdphessen@t-online.de** zu senden. Die Anzahl der Plätze ist begrenzt, es entscheidet die Eingangsreihenfolge.

Die persönlichen Einladungen erhalten die gemeldeten Kolleginnen und Kollegen **ca. vier Wochen vor der Veranstaltung** von der GdP Bund.



Kosten werden übernommen für die Anfahrt (Deutsche Bahn, II. Klasse), die Unterbringung und die Verpflegung.

**GdP-Landesvorstand Hessen**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**  
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

## JUBILARE & STERBEFÄLLE

### 25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

**Claudia Theis**  
**Rainer Becker**  
Kreisgruppe Limburg-Weilburg  
**Rainer Edling**  
**Thomas Ehlig**  
**Klaudia Gross**  
**Jürgen Heinz**  
**Stefan Klitsch**  
**Frank Lammers**  
**Marie Pertack**  
**Wolfgang Pietsch**  
**Rene Reith**  
**Hans-Peter Schmidt**  
**Pascal Schröder**  
**Alfred Trantow**  
Kreisgruppe Wiesbaden

### 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

**Horst Baumann**  
**Ralf Brinkmann**  
**Harald Guderjahn**  
**Claus Gürten**

**Frank Hofmann**  
**Horst Ommert**  
**Robert Schäfer**  
**Klaus-Dieter Weissbrich**  
**Peter Wernecke**  
**Sibylle Zeiger**  
Kreisgruppe Wiesbaden

### 60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

**Ernst Traxler**  
**Hans Kern**  
Kreisgruppe Wiesbaden

### Es starben:

**Gustav Neumeister**  
Kreisgruppe Kassel  
**Petra Fuchs**  
Kreisgruppe HDMI  
**Ferdi Müller**  
Kreisgruppe MTK  
**Kunibert Knapp**  
Kreisgruppe Main-Kinzig

**Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!**

